

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.03.2023

Inhalt

EWN

1 Neue LNG-Pipeline wäre 50 Kilometer lang <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 24.03.2023</i>	3
2 Gas-Umschlag: Transport per Bahn und Lkw technisch möglich <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 24.03.2023</i>	4
3 MV und Klimastiftung streiten um 9,8 Millionen Euro: Sellering zählt Bund an <i>Ostsee-Zeitung.de, 23.03.2023</i>	6
4 Deutschland schaltet ab – doch die Atomkraftbranche boomt <i>Berliner Morgenpost, 24.03.2023</i>	7

Neue LNG-Pipeline wäre 50 Kilometer lang

In wenigen Tagen soll die Entscheidung fallen, wo das LNG-Terminal nun wirklich entstehen soll.

Schwerin/Berlin. Die Rolle rückwärts von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck halt in Land und Bund nach. Der Grüne hatte am Mittwoch angekündigt, den bisher vorgesehenen LNG-Standort fünf Kilometer vor der Selliner Seebrücke aufgrund des massiven Protests fallen zulassen – und einen alternativen Ort zu suchen. Nach Nordkurier-Informationen präferiert das Habeck-Ministerium nun den Hafen von Mukran als neuen Platz für ein LNG-Terminal. Allerdings müsste das dort angelieferte Gas dann ebenfalls zur Anlandestation und zum weiteren Verteilen nach Lubmin transportiert werden. In Lubmin ist durch die beiden Nord-Stream-Pipelines in den vergangenen Jahren eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut worden.

„Die Pipeline von Mukran durch die Ostsee nach Lubmin wäre circa 50 Kilometer lang“, sagte ein Sprecher des Landeswirtschaftsministeriums in Schwerin auf Nordkurier-Anfrage. Beim Standort vor Sellin hät-

te die Länge der Pipeline 38 Kilometer betragen. Das Material für die Verlegung einer Pipeline wäre in Mukran vor Ort. Dort lagern noch tausende nicht benötigte Rohre aus dem Nord-Stream-2-Bau. Diese Rohre hat sich zum größten Teil das Bundeswirtschaftsministerium gesichert. Nach Informationen des Nordkurier soll der Bund mittlerweile im Besitz von Rohren sein, die für eine 42 Kilometer lange Leitung ausreichen würden.

Grundvoraussetzung für den Kauf der Rohre war die Gewährleistung, dass etwaige Erlöse aus einem Verkauf von einem eingesetzten Schweizer Sachwalter kontrolliert werden und nicht an Russland, Gazprom oder verbundene Unternehmen gelangen. Die Nord Stream AG hat ihren Sitz im schweizerischen Zug. Das Unternehmen stand kurz vor der Insolvenz, hat aber eine Nachlassstundung für sechs Monate bis Juli 2023 bewilligt bekommen.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 24.03.2023 | S. 14

📄 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

👤 Maik Trettin

FLÜSSIGGAS-TERMINAL AUF RÜGEN

Gas-Umschlag: Transport per Bahn und Lkw technisch möglich

LNG-Transport auf der Schiene offenbar zu aufwendig / Umladung von Flüssigerdgas auf Lkw wird nach erfolgreicher Premiere in Mukran wiederholt

Wird im Hafen Mukran ein Terminal für Flüssig-Erdgas errichtet? Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) haben sich in dieser Woche für den Standort am Rande der Prorer Wiek bei Sassnitz ausgesprochen. Dort soll Flüssiggas per Schiff angeliefert, in Gas umgewandelt und anschließend durch Röhren auf dem Meeresgrund bis zur Anlandestation nach Lubmin gepumpt werden.

Oder wird das Gas von Mukran aus gar über Kesselwaggons quer durchs Land transportiert? Seit sich bei den Terminal-Plänen des Bundes der Fokus vom Standort vor Sellin auf Mukran verschoben hat, wird über verschiedene weitergehende Szenarien spekuliert. Ende Februar dieses Jahres - also noch ehe Mukran als Standort-Favorit betrachtet wurde - hatte das britische Unternehmen Avenir LNG Limited in Mukran Flüssiggas direkt von einem Schiff in Transport-Lkws pumpen lassen. Eine Premiere in Deutschland, sagt Jan Schubert, kaufmännischer Direktor des Unternehmens. Eine geglückte obendrein, wie er versichert.

Zwei Tage lang waren die Lkw mit ihren Tank-Anhängern direkt bis zum Anlieger gefahren, wo das LNG-Transportschiff „Avenir Ascension“ festgemacht hatte. Über einen speziellen, isolierten Schlauch wurde verflüssigtes Gas, das eine Temperatur von -160 Grad Celsius hat, vom Schiff direkt in die Tank-Auflieger der Lastwagen gepumpt. „Die bordeigenen Pumpen haben dabei mit gedrosselter Kraft gearbeitet“, sagt Schubert. Schließlich sei es ein erster Versuch gewesen und die Kessel der Lkw-Anhänger viel kleiner als der Transport-Tank des Schiffes.

Kann dabei das blubbernde Flüssiggas austreten und in die Umwelt entweichen? Jan Schubert verneint das. Falls sich doch Gase bilden sollten, würden die durch einen zweiten Schlauch zurück ins Schiff abgeführt. „Das ist ein völlig geschlossener Kreislauf, da

entweicht oder tropft nichts.“

Prinzipiell könnte man ebenso Kesselwaggons befüllen und verflüssigtes Erdgas auf dem Schienenweg weiter transportieren. Gleisanlagen gäbe es - zumindest im Hinterland des Hafens - in Mukran zur Genüge. Doch dort gebe es solche Pläne nicht, sagt der Pressesprecher des Hafens, Felix Zimmermann. Und auch bei der Deutschen Bahn verfolgt man die Idee nicht, erklärt eine Sprecherin. Das gilt nicht nur für den Schienenweg von und nach Mukran: Offenbar wird nirgendwo in Deutschland Flüssiggas auf der Schiene transportiert.

Dabei ist das technisch durchaus möglich. Das Hamburger Bahnlogistik-Unternehmen VTG hatte bereits vor Jahren einen Druckkessel-Waggon zum Transport von verflüssigtem Erdgas entwickelt. Im Hafen von Brunsbüttel war er 2016 erstmals mit LNG befüllt worden. Testweise war auch schon ein Zug mit LNG-Kesselwagen vom Hafen Brunsbüttel bis in ein 800 Kilometer entferntes Kraftwerk nach Ingolstadt unterwegs.

Doch diese „rollende Pipeline“, wie sie anfangs euphorisch genannt wurde, kommt offenbar nicht so recht ins Rollen. Selbst Eisenbahn-Experten müssen eingestehen, dass die Verladung und der Transport von Flüssiggas auf der Schiene immer noch teurer sind als über eine Pipeline. „Es fehlt derzeit auch schlichtweg an den Gleisanschlüssen, sowohl bei vielen Häfen als auch bei den jeweiligen Empfängern“, sagt Jan Schubert. Deshalb müsste das Flüssiggas letztlich selbst nach der Ankunft am Bestimmungsort von den Bahnkesseln wieder in Lkw-Anhänger gepumpt und bis zum Abnehmer gefahren werden. „Die Schiene ist dafür nicht flexibel genug.“

Sein Unternehmen will beim LNG-Transport künftig verstärkt auf die Kombination von Schiff und Lkw set-

zen. Es beliefert Lkw-Tankstellen mit Flüssigerdgas, etwa in Dummerstorf, Stavenhagen oder Berlin. Das Gas wird gegenwärtig größtenteils mit Lastwagen von den großen europäischen LNG-Terminals in Swinemünde, Rotterdam oder Zeebrügge zu den Abnehmern hier im Land gefahren. Doch an den Terminals herrscht seit Beginn der Energiekrise Andrang; Termine zum Beladen der Lkw werden immer knapper. Aus dem Grund sei der direkte Umschlag vom Schiff auf den Truck eine Alternative mit Zukunft, so Schubert. Bereits im

kommenden Monat soll erneut ein LNG-Schiff den Hafen Mukran anlaufen und seine Ladung in die Lkw-Kesselanhänger pumpen.

Zitat-Text:

”Es fehlt derzeit auch schlichtweg an den Gleisanschlüssen, sowohl bei vielen Häfen als auch bei den Empfängern.” - Jan Schubert, kaufmännischer Direktor Avenir LNG Limited

📄 Ostsee-Zeitung.de | 23.03.2023

👤 Frank Pubantz, Andreas Meyer

🔗 WEBLINK

MV und Klimastiftung streiten um 9,8 Millionen Euro: SELLERING zähLT Bund an

Hat das Schweriner Finanzministerium sich doch in den Fall zur Schenkungssteuer von Nord-Stream-Geld eingemischt? Dazu befragt Stiftungschef Erwin SELLERING jetzt den Bund. Dort reagiert man verschnipft. Neue Details zur Frage, ob es politische Einmischung gab.

Schwerin/Ribnitz-Damgarten. Nächster Akt im Streit um Schenkungssteuer für eine Millionen-Spende der Nord Stream 2 AG an die Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV. Erwin SELLERING, Vorstandschef der Stiftung, sieht das Bundesfinanzministerium womöglich mitverantwortlich dafür, dass der Stiftung 9,8 Millionen Euro verloren gehen könnten.

Denn das Schweriner Finanzministerium soll frühzeitig um eine Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums gebeten haben. „Offenbar ist daraufhin eine Änderung in der Rechtsauffassung des zuständigen Finanzamtes eingetreten“, schreibt SELLERING nach Berlin, bittet um Aufklärung. Darin steckt der Vorwurf, dass es eben doch politische Einmischung in den Steuerfall gegeben haben könnte.

Wer Schwesig angreift, schadet MV? Ein gefährliches Selbstverständnis

Im Bundesfinanzministerium reagiert man verschnipft auf SELLERINGS Vorstoß. Offizielle Antwort gegenüber der OZ: Zum Thema habe es „keinerlei Abstimmung über eine einheitliche Rechtsauffassung“ mit dem Finanzministerium in MV gegeben.

War Nord-Stream-Spende schenkungssteuerfrei?

Die umstrittene Klimaschutzstiftung und das Land streiten vor dem Finanzgericht MV um die 9,8 Millionen Euro. Das Geld soll die Stiftung an Steuer für die Schenkung der 20 Millionen Euro von Nord Stream zahlen. Denn es fehlte zum Stichtag von genau genommen zwei Zuwendungen jeweils die Erklärung, dass das Geld tatsächlich komplett für Klimaschutzzwecke, also gemeinnützig verwandt werden soll, argumentiert Finanzminister Heiko Geue (SPD).

Nun ist belegbar: Das Finanzamt in Ribnitz-Damgarten

hatte der Stiftung im Vorfeld tatsächlich signalisiert, dass die 20 Millionen Euro steuerfrei sein könnten. Das geht aus einer E-Mail des Finanzamtsvorstehers an das Schweriner Ministerium vom 20. April 2022 hervor, die der OZ vorliegt.

Darin heißt es: Der zuständige Sachbearbeiter des Finanzamtes habe dem Steuerberater am 13. April 2022 mitgeteilt, „dass der Vorgang seiner Meinung nach schenkungssteuerfrei sei“. Er teile „vorläufig“ diese Rechtsauffassung. Später aber erging ein anderer Steuerbescheid: Zahlung der genannten Summe.

„Das ist jetzt eine politische Entscheidung“

Vor diesem Hintergrund gewinnt SELLERINGS aktueller Vorwurf an Brisanz. Denn er unterstellt quasi, eine Stellungnahme des Bundesministeriums könnte den Fall – über das Schweriner Finanzministerium – doch beeinflusst haben. SELLERING wollte sich auf Anfrage nicht weiter dazu äußern. Einflussnahme aus Schwerin auf den Steuerfall hat Geue wiederholt bestritten.

In der E-Mail findet sich auch eine spannende Formulierung, die Vermutungen nährt, das Finanzministerium, womöglich der Minister selbst, könnte den brisanten Steuerfall beeinflusst haben. Denn der Sachbearbeiter habe auch erklärt: keine Auskunft, wann die Entscheidung falle, „da es jetzt eine politische Entscheidung sei“. Was dies bedeutet, habe der Sachbearbeiter nicht erklärt.

Politische Entscheidung? Geue hat mehrfach zurückgewiesen, die Landesregierung oder gar er könnte sich eingemischt haben. CDU-Landeschef Franz Robert Liskow erklärt: „Wenn sich herausstellt, dass Herr Geue die Unwahrheit sagt, ist er nicht mehr zu halten.“

Deutschland schaltet ab – doch die Atomkraftbranche boomt

Wissen und Technologie der Kernenergieunternehmen sind gefragt – nun im Ausland

Berlin. Im Emsland liegen Vergangenheit und Zukunft der deutschen Atombranche nah beieinander. In Lingen wird das gleichnamige Atomkraftwerk, seit 1979 vom Netz, abgerissen. Nebenan wird das AKW Emsland zum 15. April heruntergefahren. Doch wenige Hundert Meter entfernt im Wald stellt das Unternehmen ANF auf einem streng abgeschirmten Gelände das her, was solche Anlagen weltweit immer brauchen, um überhaupt Strom zu erzeugen: Brennelemente.

Wenn es mit deutschem Atomstrom auch vorbei sein wird, deutsches Atomwissen ist international gefragt. Die hiesige Branche hat bereits einen großen Wandel hinter sich: Sie musste sich neu orientieren, denn seit November 1989 ist kein neues AKW mehr in Deutschland ans Netz gegangen. Andere Länder bauen neue Anlagen, modernisieren alte oder reißen sie ab. Wer AKW betreibt, benötigt Zwischen- und Endlager für verbrauchte Brennstäbe. Immer sind deutsche Spezialisten gefragt. Und viele Kraftwerksbauer setzen auch auf Bauteile und Steuertechnik aus Deutschland.

Die Branche ist verschwiegen, weil der Atomenergie in der Bundesrepublik ein Hauch des Bösen anhängt. Wie viele Mitarbeiter in der Branche arbeiten, ist schwer zu sagen. Der Branchenverband Kern D schätzt, dass bei den AKW-Betreibern, beim Staat und in der Forschung rund 30.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Vor dem Atomausstieg waren es demnach um die 35.000. Und viele Beschäftigte werden auch in den kommenden Jahren gebraucht, schließlich müssen die ehemaligen Betreiber die Anlagen abreißen – zurückbauen, wie es heißt. Das kann schon mal deutlich mehr als zehn Jahre dauern.

Dann gibt es einige Ingenieurbüros, die sich mit AKW beschäftigen, und Firmen, die neben dem normalen Geschäft auch Bauteile für Kernkraftwerke verkaufen. Das muss nicht immer Steuertechnik sein, wie sie der Technologiekonzern Siemens Energy für das ungarische AKW Paks II liefern soll. Oft sind es Notstromaggregate, Pumpen, Ventile deutscher Hersteller, die den

strengen Vorgaben für kerntechnische Anlagen entsprechen.

Die deutsche Expertise hat das Ausfür die Atomkraft überdauert

Die deutsche Expertise stammt aus einer Zeit, als mit Atomkraft Zukunft verbunden war, im rheinischen Jülich an neuen Reaktoren geforscht wurde. Und als die KWU fast alle der deutschen Atomkraftwerke baute und auch international Anlagen verkaufte. Gegründet von AEG und Siemens, gehörte KWU lange zu Siemens. Die Atomsparte ging dann an Framatome, eine Tochter des staatlichen französischen Energiekonzerns EdF. Er ist einer der größten Betreiber von AKW weltweit.

Framatome entwickelt und baut Atomkraftwerke. In Deutschland arbeiten rund 3000 Beschäftigte, vor allem im bayerischen Erlangen, Ingenieure mit Wissen zu Sicherheit, Modernisierung und Abriss von AKW. Zum Konzern gehört auch ANF (Advanced Nuclear Fuels) in Lingen und ein Labor für Brennstabprototypen für neue Atomreaktoren im bayerischen Karlstein am Main zwischen Hanau und Aschaffenburg.

Keine sechs Kilometer entfernt in einem Gewerbegebiet von Alzenau liegt die Zentrale von Nukem Technologies. Mit der Skandalfirma der 80er-Jahre hat das Ingenieurs-Unternehmen nur den Namen gemein. Allenfalls sind sie hier noch etwas verschwiegener als sonst üblich in der Branche. Ein Grund: Nukem gehört zur russischen Atomagentur Rosatom.

„Wenn das Kraftwerk am Ende der Lebenslaufzeit angekommen ist, kommen wir“, sagt eine Managerin, die nicht genannt werden will. Die gut 130 Mitarbeiter von Nukem helfen beim Abriss eines Kraftwerks, planen und bauen Zwischenlager sowie Anlagen, um radioaktiven Abfall zu behandeln. Eine steht am stillgelegten Reaktor in Tschernobyl.

Mit Abfall beschäftigt sich auch GNS in Essen, die den deutschen Energiekonzernen EnBW, Eon und RWE so-

wie der staatlichen schwedischen Vattenfall gehört. Seit mehr als 40 Jahren entsorgt das Unternehmen nuklearen Abfall, hat den praktisch nicht zerstörbaren Transportbehälter Castor erfunden. Bei GNS arbeiten rund 700 Beschäftigte.

Der Castor selbst wird von Siempelkamp in Krefeld hergestellt. Die Gruppe baut sonst Anlagen für die Holzwerkstoff- und Gummiindustrie, hat aber auch ein Ingenieurbüro für den Abriss von Atomkraftwerken. Damit kennt sich **EWN** besonders gut aus. Das staatliche Unternehmen kümmert sich um den Rückbau der DDR-Atomkraftwerke: Rheinsberg nordwestlich von Berlin und die fünf Blöcke des AKW Greifswald an der Ostsee, die anders als der Name sagt, im nahen Lubmin stehen. Firmen der Gruppe reißen auch die Forschungsreaktoren in Karlsruhe und Jülich ab. Das Unternehmen betreibt ein Zwischenlager und bietet sein Wissen auch im Ausland an.

Framatome etwa gibt den Exportanteil des deutschen Geschäfts mit 90 Prozent an. Das gilt für die Ingenieursleistungen wie für Brennstäbe. Die Tochter ANF liefert vom niedersächsischen Lingen aus etwa nach Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, in die Schweiz – und nach Russland. Der Atomsektor unterliegt nicht den Sanktionen des Westens.

Wer Brennstäbe herstellt, braucht besonders aufbereitetes Uran. Keine 40 Kilometer Luftlinie vom

ANF-Standort Richtung Südwesten, im nordrhein-westfälischen Gronau, reichert Urenco in einer streng gesicherten Fabrik Uran an, einer der vier Standorte im Konzern. Hier wird auch die Technologie für die dafür nötigen Zentrifugen federführend entwickelt.

Die Internationale Atomenergiebehörde setzt auf deutsche Technologien

Das Unternehmen wurde 1971 per Staatsvertrag gegründet, Eigentümer sind zu je einem Drittel Großbritannien und die Niederlande; ein weiteres Drittel teilen sich RWE und die Eon-Tochter PreussenElektra. Dass der Standort Gronau nach dem Aus für die letzten drei deutschen AKW aufgegeben wird, gilt als unwahrscheinlich. Zu empfindlich sind die Anlagen. Und zu viel Spezialwissen haben sich die Mitarbeiter angeeignet. Das verliere man ungern, sagt ein Manager.

In Jülich übrigens forschen sie nicht mehr an neuen Reaktoren, sondern vor allem an Entsorgung und Sicherheit. Und die Experten entwickeln Technologien, die die Internationale Atomenergiebehörde IAEA für die Überwachung nutzt. Auch das ist ein Zukunftsfeld

”Wenn das Kraftwerk am Ende der Lebenslaufzeit angekommen ist, kommen wir.” - Eine Managerin des deutschen Unternehmens Nukem Technologies